

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 888846 ppbn d
Telefax: 21 06 04

Inhalt

Gerd Walter MdEP zum
bevorstehenden Gipfel
in Maastricht: Kohl soll
für EG-Demokratisie-
rung eintreten.

Seite 1

Antje-Marie Steen MdB
zum Welt-AIDS-Tag:
Der Herausforderung
gemeinsam begegnen.

Seite 2

Michael Müller MdB zur
Notwendigkeit des so-
zial-ökologischen Um-
baus der Industriege-
sellschaft: Den Fort-
gang der Zivilisation si-
chern. (Teil III und
Schluß)

Seite 4

46. Jahrgang / 228

29. November 1991

Kohl soll für EG-Demokratisierung eintreten Zum bevorstehenden Gipfel in Maastricht

Von Gerd Walter MdEP

Jetzt kommt es auf den Bundeskanzler an: Beim bevorstehenden EG-Gipfel in Maastricht droht die Demokratie der EG auf der Strecke zu bleiben; in Frage gestellt ist jetzt eine neue gemeinsame Initiative der Bundesregierung, des Bundestages und anderer nationaler Parlamente für die Durchsetzung wirksamer Mitentscheidungsrechte des gewählten Europäischen Parlaments.

Den Ausbau der EG zur Politischen Union wollen nahezu alle, das Paket für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist geschnürt. Um die seit Jahren überfällige Stärkung der Kontroll- und Entscheidungsrechte des Europäischen Parlaments ist es merkwürdig still geworden. Erstaunlich, hatten doch die Parlamente in Italien oder Belgien ebenso wie der Deutsche Bundestag von Anfang an ihre Zustimmung zur Europäischen Union an den Ausbau der parlamentarischen Rechte des Europa-Parlaments geknüpft.

Fest steht: Seit Jahren leidet die EG unter einem drastischen Demokratie-Defizit. Ebenso wie die anderen nationalen Parlamente ist der Bundestag längst zum Vollzugsorgan der EG-Regierungen degradiert worden: Sie dürfen EG-Gesetzen nur noch zustimmen; ändern aber dürfen sie schon lange nicht mehr, was die Regierungen hinter verschlossenen Türen in Brüssel aushandeln. Diese Gesetzgebungs- und Kontrollrechte, die die nationalen Parlamente längst verloren haben, aber sollen dem Europäischen Parlament auch weiterhin verweigert werden.

Der Bundeskanzler selbst hatte die Stärkung des Europa-Parlaments zum Dolipunkt für die Europäische Union erklärt. Hinter den Kulissen aber herrscht seitdem Verwunderung über die lasche Verhandlungsführung des deutschen Außenministers in dieser Frage. Gefordert gegen diesen auffälligen Gegensatz ist jetzt - noch vor dem EG-Gipfel in Maastricht - das klare Wort des Bundeskanzlers noch vor Maastricht: Die parlamentarische Demokratie, von den Völkern in Mittel- und Osteuropa gerade erst mühsam erkämpft, darf nicht in Westeuropa von gewählten Regierungen zu Grabe getragen werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
mit 100% recyceltem
Papier



Bislang gab es keinen Grund zu zweifeln, daß die Demokratisierung der EG auch Bundeskanzler Kohl am Herzen liegt. Jetzt muß er zeigen, wieviel Gewicht er in die Waagschale zu werfen bereit ist. Immerhin setzt die Bundesrepublik für das Projekt "Europäische Union" ihr stärkstes Pfand ein - die Deutsche Mark. Kaum vorstellbar, daß dieses Pfand aus der Hand gegeben wird, ohne etwas dafür zu kriegen.

Die Stärkung der Demokratie in Europa ist die Nagelprobe auf die Handlungsfähigkeit der Europäer. Wer die EG reformieren will, ohne zugleich die parlamentarische Demokratie zu stärken, riskiert den Einsturz des gesamten Europäischen Hauses.

(-/29. November 1991/rs/ks)

Der Herausforderung gemeinsam begegnen **Zum Welt-AIDS-Tag**

Von Antje-Marie Steen MdB
Stellvertretende Sprecherin der SPD-Arbeitsgruppe Gesundheit

Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat 1988 den ersten Dezember eines jeden Jahres zum Welt-AIDS-Tag erklärt. Der Welt-AIDS-Tag des Jahres 1991 steht unter dem Motto: "Der Herausforderung gemeinsam begegnen!"

Wie unvermindert vielfältig die Aufgaben im Kampf gegen AIDS sind, zeigte deutlich die VII. Internationale AIDS-Konferenz im Juni diesen Jahres in Florenz. Nach Schätzungen der WHO wird sich die Zahl der Menschen mit HIV in den 90er Jahren weltweit auf 30 bis 40 Millionen erhöhen. Etwa ein Viertel von ihnen werden Kinder sein. Heute leben 80 Prozent der Infizierten in den Ländern der Dritten Welt und 20 Prozent in den westlichen Industrieländern. Der Welt-AIDS-Tag soll Mahnung und Ansporn sein, gemeinsam die weltweite Bekämpfung von AIDS fortzusetzen.

Im Vorfeld dieses Tages hat Frau Gesundheitsministerin Hasselfeldt eine kleine Gruppe von HIV-Infizierten zu einem Gespräch ins Ministerium geladen. Diese persönliche Geste der Anteilnahme jedoch kann nicht über das deutlich reduzierte Engagement der Bundesregierung für die AIDS-Bekämpfung hinwegtäuschen. Die Beschlüsse aus der Haushaltsdebatte zum Etat 1992 belegen die drastischen Mittelkürzungen in Millionenhöhe für den Bereich AIDS.

Ein derartiges Vorgehen bezeichnet die SPD als grobfahrlässige Handlungsweise, die die Gesundheit und das Leben vieler Menschen krass gefährdet. Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion wurden im Haushalt die finanziellen Aufwendungen für die gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung im Bereich AIDS um zwei Millionen DM herabgesenkt.

Abgelehnt wurde ein von der SPD-Fraktion vorgelegter Änderungsantrag zum Haushalt 1992, der den Etat der Deutschen AIDS-Hilfe um 500.000 DM besserstellen, sowie eine Erhöhung des Stiftungskapitals der Deutschen AIDS-Stiftung "Positiv Leben" und der Nationalen AIDS-Stiftung um jeweils fünf Millionen DM erzielen sollte. Die AIDS-Stiftungen sollten durch einmalige Zustiftung in ihrer Arbeit abgesichert werden, die infolge der zunehmenden Ausbreitung der Krankheit und damit verbundener sozialer Verelendung relativ vieler Menschen gravierend angestiegen ist.

Zu schmerzlichen Einschränkungen für AIDS-Infizierte und -Erkrankte werden nach Meinung der SPD auch die von Frau Ministerin Hasselbeidt vorgenommenen Kürzungen bei den Maßnahmen zur 'Förderung der Modelle auf dem Gebiet der psychiatrischen und psychotherapeutisch/psychosomatischen Versorgung' um eine halbe Million führen. Der von der SPD-Fraktion eingebrachte Änderungsantrag, der eine deutliche Erhöhung dieses Gesamtansatzes von 7,5 Millionen DM auf 21,5 Millionen DM vorsah, damit die Versorgung, Pflege und Betreuung Erkrankter wenigstens annähernd ausreichend abgesichert werden kann, wurde ebenso ohne lange Diskussion von den Regierungsfractionen abgelehnt.

Diese Kürzungen gefährden nach Ansicht der SPD massiv die Inhalte der Aufklärungs- und Präventionsarbeit, aber auch der Versorgungs- und Pflegearbeit im Bereich AIDS. Dabei ist nicht nur die finanzielle Absicherung der jetzt bereits vorhandenen Maßnahmen nötig, sondern es muß auch eine deutliche Aufstockung der Mittel erfolgen, damit die Fülle bisher noch zum Teil unberücksichtigter, aber immer drängender in den Vordergrund rückender Probleme bewältigt werden kann.

So lebt eine große Zahl von AIDS-erkrankten Menschen auf absolutem Mindest-Versorgungsniveau, am Rande des sozialen Abseits. Hilfsmaßnahmen wie zum Beispiel die Bereitstellung von Wohnraum für obdachlose Menschen mit HIV und AIDS oder die Übernahme der realen Mehrkosten für Schwerstkrankenpflege sind hier dringend geboten.

Enorm sind auch die Aufgaben, die sich im Rahmen des Aufbaus der AIDS-Prävention und -Aufklärung in den neuen Bundesländern ergeben. Hier ist das Informationsbedürfnis sehr groß und der Aufbau der Netzwerke der dortigen Selbsthilfeorganisationen erfordert zusätzliche Mittel, um effizient und präventiv arbeiten zu können. Aber auch diese Forderung der SPD, diese zusätzlichen Mittel für die fünf neuen Bundesländer bereitzustellen, wurde von den Regierungsfractionen abgelehnt.

Weitweit ist zudem nicht mehr zu übersahen, daß AIDS keinesfalls ein Problem kleiner isolierter Randgruppen der Gesellschaft ist. Die Lebensgeschichten der Personen, die mit dem AIDS-auslösenden Virus HIV leben, sind sehr unterschiedlich.

In diesem Rahmen ist bisher besonders die Präventions- und Aufklärungsarbeit im Hinblick auf heterosexuelle Lebensgemeinschaften sträflich vernachlässigt worden. Experten befürchten deshalb gerade in diesem Bereich eine hohe Dunkelziffer von Erkrankten. Dieses aber unterstreicht, daß besonders hier eine Ausweitung der niederschweligen Beratungsangebote unabdingbar ist.

Der Welt-AIDS-Tag am 1. Dezember 1991 bietet Anlaß, die Problematik AIDS in das Bewußtsein der Bürgerinnen und Bürger zurückzurufen. Das Leitmotiv des Welt-AIDS-Tages 1991 'Der Herausforderung gemeinsam begegnen' wird nur dann zur Kampagne, wenn sich das Verhalten der Öffentlichkeit ändert und Ausgrenzungen und Diskriminierungen Betroffener aufhören.

(-/29. November 1991/rs/ks)

Den Fortgang der Zivilisation sichern (Teil III und Schluß)
Zur Notwendigkeit des sozial-ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft

Von Michael Müller MdB

5. Neue industrielle Revolution

Das "Treibhausjahrhundert" kommt nicht von selbst, gleichsam naturgesetzlich, sondern weil vor allem die industrialisierte Welt die Naturgesetze mißachtet. Die Abwendung der Gefahren ist von daher keine Frage, die in der Umwelt selbst liegt, sondern eine nach der politischen Fähigkeit zur reformerischen Gestaltung der Industriegesellschaft. Die Herausforderung der Klimagefahren und die Tragweite notwendiger politischer Antworten fasse ich in fünf Thesen zusammen:

- a) Die reale Gefahr einer globalen Klimakatastrophe ist nicht das Ergebnis von Fehlentwicklungen innerhalb der industriellen Zivilisation, die mit Teilkorrekturen zu beseitigen wären. Es handelt sich vielmehr um eine Krise der industriellen Zivilisation selbst, also um eine Krise in der Organisation der Gesellschaft, in der sich die Interessen und Zwänge durchsetzen können, die für diese Fehlentwicklung verantwortlich sind. Vor allem die Industrieländer, die mit einem Viertel der Weltbevölkerung für drei Viertel der Umweltprobleme verantwortlich sind, leben auf Kosten der Zukunft und der Entwicklungsländer. Nicht nur die östlichen, auch die westlichen Wirtschaftssysteme sind trotz ihrer relativ hohen technischen Effizienz weder Umwelt- noch zukunftsverträglich. Ohne Korrekturen droht der ökologische Kollaps der Erde.
- b) In den 90er Jahren entscheidet sich, ob die Menschheit zu einem sozialökologischen Umbau der Industriegesellschaft fähig ist und den Öko-Gau verhindern kann. Andernfalls bliebe nur die Anpassung an gewaltig veränderte Lebensbedingungen. Wenn nämlich die vom Menschen eingeleiteten Veränderungen im Klimasystem in ihren vollen Auswirkungen sichtbar werden, ist es für Gegenmaßnahmen zu spät. Die mögliche Zukunft muß deshalb vorweggedacht werden, andernfalls wird der Traum von einer friedlichen Welt zur Illusion.
- c) Nur wenige hochentwickelte Länder verfügen über die wirtschaftlichen, technischen und politischen Voraussetzungen für einen wirksamen Klimaschutz. Die armen Länder, die zudem in der Regel von globalen Klimaveränderungen zuerst und besonders hart betroffen sind, verfügen dagegen nur über geringe Handlungsmöglichkeiten. Die reichen Industriestaaten müssen sich deshalb schnell ihrer nationalen und internationalen Verantwortung für die Zukunft bewußt werden, zumal sie als Hauptverursacher für die ökologische Verrottung der Welt auch eine Bringschuld der Wiedergutmachung haben.
- d) Jede Strategie zum Schutz des Klima ist mit tiefen Eingriffen in die gewachsenen Strukturen der industriellen Zivilisation verbunden. Ohne weitreichende Korrekturen und auch persönliche Veränderungen im Lebensstil kann es keine zukunftsverträgliche Entwicklung geben. Mit anderen Worten: Alle sind aufgefordert, zum Schutz des Klimas beizutragen, aber vor allem muß sich die Politik ihrer Zukunftsverantwortung voll bewußt werden. Dies erfordert eine Reformstrategie, die die Natur, die seit Newton und Descartes Gegenstand technischer und ökonomischer Allmachtsphantasien ist, wieder in die alltäglichen Entscheidungsprozesse der Gesellschaft zurückholt. Die Natur ist nicht beliebig ausbeutbar, so daß eine menschenwürdige Zukunft, die Entwicklung der Gesellschaft und die Bewahrung der Schöpfung als Einheit verstanden werden müssen.
- e) Die Gewinnung von Zukunftsfähigkeit verlangt die gleichberechtigte Solidarität mit der Mitwelt und den Mitmenschen und damit eine Verbindung von sozialer Nahethik und ökologischer Fernethik. Dies erfordert eine neuen industrielle Revolution, denn mit der heutigen

Organisation der industriellen Gesellschaft und ihrer vorherrschenden Orientierung auf den wirtschaftlichen Eigennutz ist eine dauerhaft sozial- und umweltverträgliche Gesellschaft nicht zu verwirklichen.

6. Einzelforderungen

Der ökologische Umbau der Energieversorgung ist der Kernbereich einer umwelt- und klimagerechten Neuordnung der Industriegesellschaften. Notwendig hierfür ist insbesondere die Reform des ordnungsrechtlichen Rahmens und der energiewirtschaftlichen Instrumente, die sich am Konzept der Energiedienstleistung orientieren müssen. Dies erfordert:

- o Veränderung der Unternehmensziele der Energieversorgungsunternehmen, Ausbau ihrer Beratung und Erweiterung ihrer Angebote für Energiedienstleistungen;
- o grundsätzlicher Vorrang bei gleicher oder höherer gesamtwirtschaftlicher Kosteneffektivität für die rationelle Energieverwendung;
- o Einführung wirtschaftswissenschaftlicher Bewertungsverfahren über die Effizienz und Kosten zwischen den Alternativen "Einsparen" oder "Zubau" (Minimalkostenplanung);
- o Neuregelung der Organisation und des Auftrags der Energieaufsicht, insbesondere zur Durchsetzung einer klima- und umweltverträglichen Energieversorgung;
- o Reform der Bundestarifordnungen, um die tatsächlichen volkswirtschaftlichen Kosten der Energiebereitstellung zu berücksichtigen und um die rationelle Energieversorgung und speziell erneuerbare Energieträger zu fördern;
- o Neuregelung der Einspeisebedingungen zum gezielten Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung und regenerativer Energieträger.

Zur Förderung dieser Ziele sind preisliche Belastungen auf ineffiziente Formen der Energiebereitstellung erforderlich, insbesondere eine Stromsteuer auf alle Energieträger (außer erneuerbare) und eine Abwärmeabgabe. Das Energiepreisniveau muß tendenziell die Knappheitsrelationen und zumindest teilweise die externen Kosten der Energienutzung berücksichtigen. Hierfür ist die Möglichkeit der Einführung einer "Energieabgabe" zu prüfen, die sowohl die Energienachfrage wie den Wirkungsgrad des jeweiligen Energieträgers preislich bewertet.

Ein besonderer Schwerpunkt der Klimaschutzpolitik muß die Umgestaltung des Verkehrssektors nach umweltverträglichen Zielsetzungen sein. Im Vergleich zu anderen Bereichen der Energienachfrage verzeichnet dieser Sektor weiterhin sehr hohe Zuwachsraten. Die Emissionen des Pkw-, Lkw- und Flugverkehrs müssen in der Priorität der Reihenfolge durch

- o Verkehrsvermeidung,
- o Verkehrsverlagerung auf umweltfreundlichere Systeme,
- o effizientere Technik,
- o Verkehrslenkung und Verkehrsberuhigung

bis zum Jahre 2005 um mindestens 25 Prozent gesenkt werden.

Wichtige Schritte hierfür sind:

- a) Nutzung der technisch möglichen Einsparpotentiale, die theoretisch auf circa 50 Prozent geschätzt werden;
- b) Senkung der Pkw-Verkehrsleistungen um mindestens 20 Prozent durch eine bessere Auslastung der Fahrzeuge, Siedlungs- und technische Maßnahmen zur Verringerung überflüssiger Mobilität und Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur;
- c) Absenkung der Kohlendioxid-Emissionen des Lkw-Verkehrs um 25 bis 30 Prozent;
- d) Verringerung der Lkw-Verkehrsleistungen durch verkehrs- und preispolitische Maßnahmen um 20 Prozent;
- e) Minderung des durchschnittlichen Kraftstoffverbrauchs für Flugzeuge auf deutschen Flughäfen um 25 Prozent. Das technische Einsparpotential wird auf rund 50 Prozent geschätzt;
- f) Verlagerung von 60 Prozent des innerdeutschen Flugverkehrs unterhalb von 500 km auf die Schiene.

Für die Erreichung dieser Ziele sind integrierte Verkehrskonzepte aufzustellen, die alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur umweltverträglicheren Gestaltung von Mobilität nutzen, insbesondere

- o technische Minderungspotentiale (insbesondere Flottenverbrauchsregelung, die den Benzinverbrauch nach Höchstgrenzen festsetzen und ständig weiter reduzieren sowie technische Begrenzungen);
- o Gestaltung der Verkehrsabläufe (insbesondere durch Geschwindigkeitsbegrenzungen und Verkehrslenkung);
- o Korrekturen im Preisgefüge (insbesondere höhere Mineralölbesteuerung, Mineralölsteuer auf Flugbenzin, Schwerverkehrsabgabe, Einführung der Trennungsrechnung bei der Bundesbahn/Reichsbahn, Umlegung der Flugsicherungskosten, Erhöhung der Start- und Landegebühren, Einführung einer Entfernungspauschale statt der heutigen Kilometerpauschale, Begrenzung steuerlicher Abschreibungen von Pkw). Das Mittelaufkommen aus diesen Maßnahmen muß schwerpunktmäßig für den Ausbau von umweltverträglichen Verkehrssystemen eingesetzt werden;
- o Maßnahmen zur Beeinflussung des Modal-Split (insbesondere Vorrechte und Beschleunigung für den öffentlichen Nahverkehr, strikte Parkraumbewirtschaftung und Parkraumverknappung, Rückbau und Beruhigung von Straßenflächen).

(-/29. November 1991/rs/ks)
